

## **Fünfter Nachtrag**

**zur Rückbürgschaftserklärung der Freien Hansestadt Bremen vom 29. Dezember 2017 in der Fassung des Ersten Nachtrages vom 6. Mai 2020, des Zweiten Nachtrages vom 15. Juli 2020 des Dritten Nachtrages vom 20. August 2020 und des Vierten Nachtrages vom 29. Dezember 2020**

Die Rückbürgschaftserklärung der Freien Hansestadt Bremen 92-74-27/0 L vom 29. Dezember 2017 in der Fassung des Ersten Nachtrages vom 6. Mai 2020, des Zweiten Nachtrages vom 15. Juli 2020, des Dritten Nachtrages vom 20. August 2020 und des Vierten Nachtrages vom 29. Dezember 2020 erhält für die in der Zeit vom 01. April 2021 bis zum 31. Dezember 2021 übernommenen Bürgschaften die nachfolgenden weiteren Änderungen. Im Anschluss daran gelten wieder die Regelungen in der ursprünglichen Fassung vom 29. Dezember 2017.

**Abschnitt II Nr. 3.3 erhält nach dem ersten Absatz in der Rückbürgschaftserklärung des Landes vom 29. Dezember 2017 ergänzend noch folgenden Wortlaut (anstelle der betreffenden Veränderungen des Ersten, Zweiten, Dritten und Vierten Nachtrages):**

Die Ausfallbürgschaft darf bis zu 90 vom Hundert für einen maximalen Bürgschaftsbetrag von 2,5 Mio. EUR betragen (auch im Falle von Leasing-Verbürgungen), wenn

die Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 mit einer Laufzeit von bis zu 10 Jahren und einer max. Rückbürgschaftshöhe von 1.800.000,00 EUR

oder

die Bundesregelung Bürgschaften 2020 (für andere Finanzierungsvorhaben) mit einer Laufzeit von bis zu 6 Jahren und einer maximalen Bürgschaftshöhe von 2,5 Mio. EUR genutzt wird.

Alle Vorgaben der jeweils angewendeten Bundesregelungen sind zu erfüllen. Die Verbürgung von Sanierungskrediten ist weiterhin ausgeschlossen (vgl. Abschnitt II Nr. 3.5 der Rückbürgschaftserklärung des Landes vom 29. Dezember 2017).

Für Liquiditätskredite von bis zu 250.000,00 EUR mit einer Laufzeit von max. 10 Jahren bzw. max. 8 Jahren bei Kontokorrentkrediten darf die Ausfallbürgschaft wahlweise auch bis zu 100 vom Hundert betragen. Dies gilt auch im Falle von Leasing-Verbürgungen.

Bei Übernahme von 90 vom Hundert der Rückbürgenhaftung für 100 prozentige Ausfallbürgschaften gegenüber der Hausbank – davon durch den Bund 53 vom Hundert und 37 vom Hundert durch das Land – betragen die Entgelte maximal 1 % p.a. Zinsen für die Hausbank, fix 0,50 % p.a. Risikoprämie für Bund und Land entsprechend deren Risikoquoten sowie die Ausfallbürgschaftsprovision der Bürgschaftsbank von 0,85% p.a..

Alle beihilferechtlichen Vorgaben sind zu erfüllen. Zusätzlich ist hier – durch eine Bestätigung der Bürgschaftsbank - nachzuweisen, dass das Unternehmen zum 31. Dezember 2019 kapitaldienstfähig war.

**Abschnitt VI Nr. 1, erster Satz, erhält folgende Fassung:**

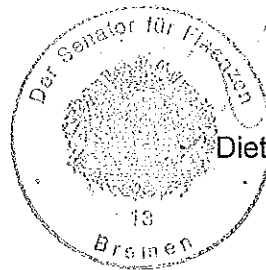
Dieser Fünfte Nachtrag zur Rückbürgschaftserklärung gilt für Bürgschaften, die die Bürgschaftsbank ab 1. April 2021 übernimmt.

**Abschnitt VI Nr. 3, erster Absatz, erhält folgende Fassung:**

Die Rückbürgschaft des Landes aus diesem Fünften Nachtrag gilt nur für solche Ausfallbürgschaften der Bürgschaftsbank, die bis zum 31. Dezember 2021 übernommen werden. Sie erlischt mit Rückgabe der Bürgschaftsurkunde, spätestens jedoch am 31. Dezember 2045.

Bremen, den 27. April 2021

Für die Freie Hansestadt Bremen  
Der Senator für Finanzen



Dietmar Strehl